

Antrag

der Abgeordneten Edelgard Bulmahn, Klaus Barthel, Hans Berger, Tilo Braune, Ursula Burchardt, Hans Martin Bury, Wolf-Michael Catenhusen, Peter Enders, Lothar Fischer (Homburg), Monika Heubaum, Stephan Hilsberg, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Horst Kubatschka, Dr. Uwe Küster, Werner Labsch, Robert Leidinger, Herbert Meißner, Siegmар Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Doris Odendahl, Günter Oesinghaus, Hermann Rappe (Hildesheim), Dr. Edelbert Richter, Günter Rixe, Gudrun Schaich-Walch, Dieter Schanz, Siegfried Scheffler, Horst Schmidbauer (Nürnberg), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Heinz Schmitt (Berg), Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Wieland Sorge, Wolfgang Spanier, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Jörg Tauss, Wolfgang Thierse, Franz Thönnies, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Lydia Westrich, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Forschungs-Personalkostenzuschuß-Programm (FOPEP) für kleine und mittlere Unternehmen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat die indirekte Forschungsförderung fast vollständig abgebaut. So sind in den alten Ländern das TOU-Programm (Technologieorientierte Unternehmensgründung), das FuE-Personalkostenzuschuß-Programm und die FuE-Personal-Zuwachsförderung eingestellt worden (1989). In den neuen Ländern lief die FuE-Personal-Zuwachsförderung im Dezember 1995 aus. Ganz ausgelaufen sind auch die FuE-Sonderabschreibungen, die steuerliche Erfinderförderung und die FuE-Investitionszulage.

Angesichts der Bedeutung von Forschung und Entwicklung (FuE) für die wirtschaftliche Entwicklung (Multiplikatoreffekte für Arbeitsplätze und Einkommen) und der Herausforderungen eines immer härter werdenden globalen Forschungswettbewerbs existieren derzeit in allen wichtigen Industrienationen spezielle FuE-Förderungen über das Steuersystem. Deutschland ist mittlerweile das einzige G7-Land ohne besondere steuerliche FuE-Anreize.

Eine internationale Bestandsaufnahme des Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim, ergab, daß die Fördermaßnahmen in nahezu allen untersuchten Ländern positive Effekte auf FuE-Anreize von Unternehmen hatten, wobei diese

Effekte in einem vertretbaren Verhältnis zu dem Betrag der entgangenen Steuereinnahmen standen.

Da die Sachkapitalaufwendungen breit geregelt und da sie in der Zuordnung schwieriger zu beurteilen sind als das für FuE arbeitende Personal, bietet sich eine Humankapitalforderung an. Es geht bei der Erhöhung der FuE-Kapazität eines Landes in der Tat um „Köpfe“, also um die Einstellung von wissenschaftlich-technischem Personal, von jungen Ingenieurinnen und Ingenieuren, von Forscherinnen und Forschern. Eine derartige „Blutaufrischung“ ist nicht nur im Hinblick auf den Arbeitsmarkt für diesen Personenkreis dringend erforderlich. Junge Wissenschaftler sind mit ihren Diplom- und Promotionsarbeiten vielfach Träger des wissenschaftlichen Fortschritts und stellen ein ideales Bindeglied zwischen den Hochschulen, den institutionellen Forschungseinrichtungen und den Betrieben und Unternehmen dar.

Gerade der deutsche Mittelstand – vom Maschinen- und Anlagenbau über die Umwelttechnologie, von den verarbeitenden Betrieben über die Medizin- und Biotechnologie bis hin zu den neuen Dienstleistungsbereichen der Informationsgesellschaft – ist auf diesen Know-how-Fluß essentiell angewiesen, um im globalisierten Wettbewerb mithalten zu können.

Da die Personalkosten als Betriebsaufwand von der Steuer abgesetzt werden können, bietet sich als Zuwachskapazität ein Forschungs-Personalkostenzuschuß an.

Die Förderung soll als Zulage ausgestaltet werden, da Abschreibungs- oder Steuerabzugsmodelle bei jungen Technologieunternehmen und insbesondere auch bei Unternehmen in den neuen Ländern angesichts der vielfach ungünstigen Ertragssituation in absehbarer Zeit nicht greifen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf:

Zur Flankierung einer technologieorientierten Existenzgründungs- und Mittelstandsoffensive wird ein auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) begrenztes Forschungs-Personalkostenzuschuß-Programm (FOPEP) aufgelegt.

Antragsberechtigt sind Unternehmen, die die folgenden Kriterien erfüllen:

- bis zu 200 Mitarbeiter/innen,
- bis zu 60 Mio. DM Umsatz pro Jahr,
- maximal zu 25 % im Besitz eines Unternehmens, das aufgrund seiner Größe nicht mehr als KMU eingestuft werden kann (ausgenommen sind Investoren, z. B. Banken oder Risikokapitalgesellschaften).

Als zulagenfähiges FuE-Personal sollen Universitäts- und Hochschulabsolventen mit entsprechenden Ausbildungsabschlüssen anerkannt werden.

Vorgeschlagen wird eine Zulage in Höhe von 20 % (in den neuen Ländern 30 %) der Kosten für FuE-Personal mit degressiver Ausgestaltung und einer Laufzeit von sechs Jahren. Bei Personalkosten von durchschnittlich 75 000 DM pro Personenjahr führt eine Förderung von 20 % als Zulage zu einer Förderung von 15 000 DM pro Person. Als Größenordnung wird von einer Förderung von 30 000 FuE-Stellen über sechs Jahre ausgegangen (Antragsdauer: drei Jahre). Legt man zugrunde, daß jede dritte Personaleinstellung durch die Zulage zustande kommt, stehen im ersten Jahr Ausgaben in Höhe von 150 Mio. DM einer FuE-Erhöhung von 250 Mio. DM auf der Aufwandsseite gegenüber.

Eine degressive Ausgestaltung, (1. Jahr 15 000 DM, 2. Jahr 10 000 DM, 3. Jahr ff. 5 000 DM) führt dabei zu folgenden Tranchen:

Angaben in Mio DM

Jahr	1	2	3	4	5	6	7	8
	150	100	50	50	50	50		
		150	100	50	50	50	50	
			150	100	50	50	50	50
Summe	150	250	300	200	150	150	100	50

(Programm-Fördersumme über 8 Jahre Laufzeit = 1,35 Mrd. DM)

Die Förderung soll auf fünf Personen pro Betrieb beschränkt werden. Dabei sind Frauen in angemessenem Umfang zu berücksichtigen.

Bonn, den 1. April 1998

Edelgard Bulmahn

Klaus Barthel

Hans Berger

Tilo Braune

Ursula Burchardt

Hans Martin Bury

Wolf-Michael Catenhusen

Peter Enders

Lothar Fischer (Homburg)

Monika Heubaum

Stephan Hilsberg

Jelena Hoffmann (Chemnitz)

Dr. Uwe Jens

Volker Jung (Düsseldorf)

Sabine Kaspereit

Horst Kubatschka

Dr. Uwe Küster

Werner Labsch

Robert Leidinger

Herbert Meißner

Siegmar Mosdorf

Christian Müller (Zittau)

Doris Odendahl

Günter Oesinghaus

Hermann Rappe (Hildesheim)

Dr. Edelbert Richter

Günter Rixe

Gudrun Schaich-Walch

Dieter Schanz

Siegfried Scheffler

Horst Schmidbauer (Nürnberg)

Wilhelm Schmidt (Salzgitter)

Heinz Schmitt (Berg)

Ernst Schwanhold

Bodo Seidenthal

Wieland Sorge

Wolfgang Spanier

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

Dr. Dietrich Sperling

Dr. Peter Struck

Jörg Tauss

Wolfgang Thierse

Franz Thönnies

Wolfgang Weiermann

Reinhard Weis (Stendal)

Lydia Westrich

Rudolf Scharping und Fraktion

